



Niederschrift

65. Plenarsitzung des Gemeinderates
25. Juni 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

Punkt 6 der Tagesordnung: Vergabe der Lieferung von Mittagsverpflegung an 19 Mensen in Schulen und Schulkindergärten für das Schuljahr 2019/2020 mit der Option auf Vertragsverlängerung Vorlage: 2019/0585

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von den Erläuterungen Kenntnis und stimmt der Vergabe der Lieferung von Mittagsverpflegung an das Kant-Gymnasium, die Ernst-Reuter-Gemeinschaftsschule, die Werner-von-Siemens-Schule, die Oberwaldschule Aue, die beiden Mensen der Anne-Frank-Schule, die Schule am Weinweg, die Erich Kästner-Schule, die Federbachschule, die Albschule, den Kieselsteine Schulkindergarten, die Eichendorffschule, die Hans-Thoma-Schule, die Heinrich-Köhler-Schule, die Leopoldschule, die Pestalozzischule, die Schloss-Schule und die Tullaschule für das Schuljahr 2019/2020 mit der Option auf bis zu dreimalige Vertragsverlängerung bis maximal zum Schuljahr 2022/2023 an die vorgeschlagenen Firmen zu.

Die Verwaltung wird ermächtigt, der Sauder GmbH, Bruchsal, für die Lose 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 15, 16, 17 und 18 und der El Tucano GmbH & Co. KG, Wiesbaden, für die Lose 14 und 19 den Zuschlag zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf.

Bürgermeister Lenz: Wir wurden im Vorfeld der Gemeinderatssitzung angesprochen auf die Vergabe. Deswegen sage ich ein paar Takte vorweg zum Thema, das sonst einfach abgestimmt wird, wenn es um Vergaben geht, auch in unserem Bereich.

Die erste Vorbemerkung ist die: Die Frage aus Ihren Reihen war, wieso habt Ihr den Beschluss nicht schon umgesetzt von Ende Februar, nämlich 50 % Qualität und 50 % Preis. Sie wissen, worum es geht. Ich gehe nicht auf Details ein. Die Vergabe jetzt ist noch im Verhältnis 30 : 70, das Sie in die Balance gebracht haben, mit Ihrem Antrag. Ganz einfach, die Vergabestelle hat mit der Vergabe, die doch ein komplexeres Verfahren ist, schon im letzten Herbst begonnen, Oktober/November. Das ist die ganz einfache Antwort.

Zweite Frage aus Ihren Reihen: Wie lange binden wir uns mit der Vergabe? Wir binden uns nur für das nächste Schuljahr. Sie haben ein Interventionsrecht. Aber was ich für wichtiger halte, das steht auf meinen Sprechzettel, das können Sie sich denken, die Schulen können sich melden. Es kann auch sein, dass welche zufrieden sind. Das alles machen wir im Schulbeirat, gegebenenfalls im Untergremium, das heißt, es brennt an dieser Stelle auch tatsächlich nichts an. Damit würde ich es – mit Blick auf meinen Amtsleiter – auch belassen wollen. Ich glaube, das waren die zwei wichtigen Fakten, dass Druck aus dem Kessel kommt, wenn uns das damit gelingt.

Ein letztes, dass wir doch mit Qualität, auch in Ihrem Sinne – das ist alles gemeinderätlich vorgegeben die letzten Jahre – arbeiten, sehen Sie auch daran, dass die zuständige Ökologin der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zwei Anbieter herausgenommen hat, weil sie Ihren Qualitätsansprüchen nicht entsprochen haben.

Jetzt noch eine ganz letzte Bemerkung, wir können nur das vergeben, was angeboten wird. Deswegen hoffen wir natürlich auf noch viel mehr Anbieter, alles in Ihrem Sinne, regional etc. Das war meine kurze Vorbemerkung.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Nur noch einmal eine kurze Anmerkung dazu. Wir finden es schade, dass jetzt noch nicht dieses neue Verhältnis von 70 % Qualität zu 30 % Wirtschaftlichkeit in Anwendung kommt. Aber es ist so, dass es noch ein Jahr ist. Man muss aber schon dazu sagen, dass man bei dieser Ausschreibung dann auch gesehen hat, wozu das führt. Wieder sind es nur die riesigen Anbieter. Das, was wir eigentlich wollen, regionale kleinere Anbieter, die regionale Produkte anbieten, die transparent aufzeigen können, wo die Produkte herkommen, auch saisonale Produkte, das erreichen wir hier nicht. Man erreicht mit dieser Art der Vergabe nur die großen Monopole, die bundesweit versuchen, durch entsprechende wirtschaftliche Maßnahmen sich überall breit zu machen. Deshalb ist ein Paradigmenwechsel bei der Schulverpflegung notwendig. Da sind diese 70 : 30 ein erster wichtiger Schritt. Deshalb freuen wir uns natürlich, wenn es bei der nächsten Vergabe umgesetzt wird. Wir gehen auch davon aus, dass dann diese Optionen der Verlängerung nicht in Anspruch genommen werden, weil wahrscheinlich diese Unternehmen die gar nicht so erfüllen können, wie wir das wollen, vom Qualitätsanspruch her. Deshalb ist es eigentlich nicht wahrscheinlich, dass es so kommt.

Aber es sind sicher auch noch weitere Maßnahmen notwendig. Denn wir alle wollen, das kam auch schon in der Vergangenheit zum Ausdruck, dass eine gesunde, sehr gut schmeckende und auch regionale, saisonale und nachhaltige Schul- und Kitaverpflegung gibt. Deshalb wird uns das Thema natürlich auch noch weiter beschäftigen. Zunächst im Schulbeirat. Soweit nur in Kürze noch einmal eine kleine Rückmeldung zu dieser Vergabe.

Stadträtin Moser (SPD): Ich kann mich anschließen, was meine Kollegin Renate Rastätter gesagt hat. Es ist für mich und meine Fraktion eine Enttäuschung, dass es noch nicht wei-

ter gegangen ist. Im Februar haben wir den Antrag gestellt. Ich möchte noch einmal betonen, dass es für ganz wichtig ist, dass nicht nur die Qualität des Essens sondern auch die Nachhaltigkeit, die Entfernung usw. eine Rolle spielen. Ich habe das hier im Hause schon zwei- oder dreimal angeführt. Ich hoffe sehr - wir müssen in diesem Jahr noch zu Potte kommen -, dass die Kriterien geändert werden können. Sonst sitzen wir nächstes Jahr wieder da und müssen entscheiden, 30 % Qualität, 70 % Preis. Das muss unbedingt vermieden werden.

Ich hoffe, dass diese Option der Verlängerung, wie mir auch zuverlässig versichert wurde, nicht gezogen wird. Als wir das gestern beraten haben, war uns total unklar, wer denn diese Option ziehen darf oder kann. Das wussten wir nicht. Ich gehe davon aus, dass, bevor das der Fall sein wird, wir das im Schulbeirat beziehungsweise auch in den Fraktionen vorher auf den Tisch bekommen. Wir möchten nicht noch einmal „gezwungen“ werden, dass wir etwas zustimmen, wovon wir nicht überzeugt sind. Wir werden das heute tun. Aber nächstes Jahr möchten wir das nicht mehr.

Der Vorsitzende: Wenn ich den Herrn Dezernenten richtig verstanden habe, wird bei den zukünftigen Ausschreibungen diese 50 : 50 Gewichtung stattfinden. Insofern brauchen Sie keine Angst haben, dass sie nicht stattfindet. Die Option, es zu verlängern, wird nicht automatisch ergriffen, sondern da wird dann in den geeigneten Gremien mit Ihnen im Herbst darüber geredet. Jetzt warten wir erst einmal ab. Immerhin kommt einer aus Bruchsal. Das ist jetzt nicht so ganz weit weg und ein bisschen Region.

Wir kommen damit zur Entscheidung. – Das ist Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
30. Juli 2019